

## Auf dem Wege zur Gesundung

### Die Genfer Friedenskundgebung

Nach der Annahme des Paktes von London durch den Deutschen Reichstag sollte, so glaubte man erwarten zu dürfen, an die Stelle des innerpolitischen Moratoriums, welches das öffentliche Leben Deutschlands bisher beherrscht hatte, ein Moratorium der Aussenpolitik treten, und man befürchtete sogar, dass bei der Erneuerung des Streites um alte Kampfobjekte längst vergangener Friedenszeiten, wie Zolltarif, Wahl- und Verwaltungsreform, Bekennerschule u. ä. der Parteienzweifel in den hessischen Formen jener Jahre sich austoben würde. Es ist anders gekommen. Am 29. August hat der Reichstag seinen welthistorischen Beschluss gefasst, und unmittelbar danach trat die Reichsregierung mit jener Erklärung hervor, in der sie es für Deutschland ablehnt, die Schuld an der Entfesselung des gewaltigen europäischen Krieges zu tragen. Das war das Signal zum Beginn einer unangenehmen, aber nicht immer sehr hochstehenden Erörterung über die Frage, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten solle und unter welchen Bedingungen und Formeln. Alljährlich am ersten Montag des Septembers tritt in Genf die Vollversammlung des Völkerbundes zusammen, und in diesem Jahre hatten die Leiter der beiden grossen Demokratien des Westens, Macdonald und Herriot, auf ihrer Zusammenkunft von Chequers dahin verabredet, sie wollten persönlich in Genf erscheinen und so die Völkerbunderversammlung zu einem grossen Staatskongress machen. Wenn auch die Einigung über den geplanten allgemeinen Sicherheitspakt nicht vor Beginn der Genfer Verhandlungen zu erreichen war, so gestaltete sich diese noch in ihrem Verlaufe zu einer grossartigen Friedenskundgebung. Die Reden Macdonalds und vor allem Herriots bewiesen, verglichen mit denen, die im Jahre vorher auf der Genfer Tagung gehalten worden waren, einen so grundlegenden Wandel der Anschauungen, dass selten zwischen zwei aufeinander folgenden Tagungen derselben Körperschaft ein so tiefer Abgrund geklafft hat. Das Jahr 1924 bedeutet, so scheint es, die positive Ausgleichung aller Negationen des gutverflossenen Jahres 1923.

### Ueberflüssige Diskussionen

Von Genf aus ist sehr deutlich die dringende Aufforderung an Deutschland gerichtet worden, seinen Eintritt in den Völkerbund anzumelden, und man hat versichert, der Antrag werde, obwohl er doch erst während der Völkerbundstagung gestellt werde, dann so beschleunigt erledigt werden, dass noch vor Beendigung der Tagung die deutschen Delegierten ihren Platz im Reformationssaal, dem Gebäude, in welchem die Tagung stattfindet, einnehmen könnten. In diese Atmosphäre, die von so viel Freundlichkeit für Deutschland erfüllt war und wie sie Deutschland auch in den Jahren seiner Macht seit Jahrzehnten nicht begegnet ist, geriet der zwar innerpolitisch begründete, aber doch aussenpolitisch wirkende Schritt der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage. Die Atmosphäre kühlte sich rapide ab, und wenn nicht der Reichskanzler Marx mit sicherem Gefühl für die Notwendigkeit dieser Stunde verstanden hätte, die Erörterungen in etwas gemässigte Bahnen zu lenken, so wäre sie wohl gar auf den Gefrierpunkt gesunken.

In Deutschland bemächtigte sich nun der Parteienzwiespalt dieser Frage. Die Sozialdemokraten, verstimmt darüber, dass die Auflösung des Reichstages mit der für die Linke so günstigen Wahlparole versüsst worden war, ergriffen diese Gelegenheit, um die in der Tat nicht ganz eindeutige und zielklare Haltung des Reichsaussenministers festzunageln. Es entspann sich eine heftige Zeitungspolemik, in die Dr. Stresemann durch leider auch wieder sehr missverständliche Kundgebungen eingriff, ehe noch das Reichskabinet zu der Frage Stellung genommen hatte.

Die Reichsminister waren alle auf Urlaub, und der Reichspräsident selbst, der leidend ist, hatte ebenfalls Berlin verlassen. Zwischen Nordsee und Bodensee, zwischen Norderney und Sigmaringen verteilte sich die Schaar der Kabinettsmitglieder, und das Deutsche Reich

war direktionslos. Erst nach etwa einem halben Monat wurden die Ferien unterbrochen, auf drei Tage war die Wilhelmstrasse wieder belebt, und die Herrschaft der Geheimräte erfuhr ein Interregnum. Das Reichskabinet befasste sich in informellen und formellen Beratungen mit hochpolitischen Fragen des Augenblicks, und der Reichsaussenminister fand sich schliesslich zurück zu der vom Reichskanzler eingenommenen Haltung, die das Reichskabinet einstimmig billigte.

### Vertagung der Kriegsschuldnote

Die einmütige Auffassung des Reichskabinetts ist, dass die mit den Deutschnationalen vereinbarte Notifizierung der Kriegsschuldungs-Erklärung erfolgen soll, dass aber der gegenwärtige Moment denkbar ungeeignet für diesen Zweck ist, und dass abgewartet werden soll, bis ein konkreter Anlass sich bietet, bei dem Hoffnung besteht, dass die Erörterung der Frage auf fruchtbaren Boden fällt.

So hat das Deutsche Reich durch die Abneigung seiner Staatslenker vor klaren Entschei-

dungen die schleichende Krise der ersten Septemberhälfte erleiden müssen, zu der wahrhaftig keine Notwendigkeit vorlag. Darüber hinaus hat die deutsche Staatskunst erneut im Auslande einen schweren Misserfolg erlitten, der dahin geführt hat, dass auch das Mass von Vertrauen, das im Auslande der gegenwärtigen Reichsleitung entgegengebracht wurde, sich verminderte.

### Guter Wille zur Verständigung

Dieser Schatz des Vertrauens ist Deutschlands wertvollstes Aktivum. Glücklicherweise ist die Vertrauensmilderung durchaus unberechtigt. Es fehlt den deutschen Staatsmännern vielleicht an dem höchsten Masse von Geschicklichkeit, aber — davon sind wir überzeugt — am guten Willen zur ehrlichen und aufrichtigen Verständigungspolitik fehlt es ihnen nicht. Es ist nicht leicht für das seiner Macht beraubte Deutschland, zwischen den rivalisierenden Völkergruppen zu lavieren. Ein Schulbeispiel dafür ist die Stellung Deutschlands zu dem Aufstand, der gegenwärtig das von den Sowjetrussen beherrschte Georgien zerrütet. Bis zur Eroberung Georgiens durch Sowjetrussen war Georgien eine von den Sozialrevolutionären regierte selbständige Re-

publik, und es ist naheliegend, dass die Sozialdemokraten Deutschlands, die ihr mit viel Sympathie gegenüberstanden, auch jetzt den gegen die Sowjets gerichteten Aufstand mit ihrer Sympathie begleiten. Gleiche Sympathien finden die Georgier bei den Demokratien des Westens, und die Völkerbunderversammlung in Genf hat auf Anregung des französischen Sozialdemokraten Boncour eine Entschliessung zugunsten der Georgier angenommen. Diese Kundgebung hat nun wieder in Moskau ungemein verstört, wo man überhaupt nicht sehr freundlich auf den Völkerbund zu sprechen ist. Solche Dinge zeigen erneut, wie heikel es für Deutschland, das auf gute Beziehungen zu Russland entscheidenden Wert legen muss, ist, sich in der Frage des Eintritts in den Völkerbund zu entscheiden. Die Dinge liegen so, dass Deutschland das Hauptobjekt der Verwaltungstätigkeit des Völkerbundes ist. Saargebiet und Danzig, Memel und Oberschlesien, Minderheitenfragen, künftig auch die Militärkontrolle, alles hängt vom Völkerbund ab. Wie einst nach dem Worte eines altpreussischen Junkers die Sozialdemokraten, so ist jetzt in dieser Beziehung Deutschland „Objekt der Gesetzgebung“. Sein Interesse ist es, auch Gesetzgeber zu werden.

Dieser Einsicht verschliessen sich selbst ganz rechtsstehende Politiker nicht. Ueberhaupt kann man glücklicherweise feststellen, dass die innerpolitische Entwicklung der deutschen Länder zu einer gewissen Abkehr von den extremen Radikalen geführt hat. In der Hauptsache ist nur noch Thüringen von einem Kabinet regiert, das in schärfster Abhängigkeit von den Völkischen unter Führung des von vielen für einen Psychopathen gehaltenen Schriftstellers Dinter steht.

### Besserung in Bayern

Bayern scheint endlich unter einem gemässigt deutschnational-klerikalen Kabinet einer Gesundung entgegenzugehen. Die rechtsradikalen Verbände sind verboten und aufgelöst, und es fehlt auch nicht an einer, wenn auch nicht allzu durchgreifenden Ueberwachung. Die im Hitlerprozess Verurteilten werden wahrscheinlich die ihnen in Aussicht gestellte Bewährungsfrist nicht zugebilligt erhalten, und es dürfte Adolf Hitler selbst, der übrigens in der Festung seine reiche Begabung durch ernstes Studium zu vertiefen sich bemüht, auch noch nicht der Freiheit wiedergegeben werden. In Verknüpfung der Sachlage haben rechtsradikale Heisssporne dem bayerischen Kabinet Held angedroht, bei Versagen der Entlassung der politischen Gefangenen würden sie zu einer „direkten Aktion“ schreiten. Anders als in früheren Jahren ist dieser Drohung begegnet worden. Die bayerische Regierung hat zugegriffen und die Hauptredelöhner verhaftet. Auch mit dem Mann, der bei aller guten Meinung doch eine für Bayern so unglückselige Hand bewiesen hat, auch mit dem gewissen Generalstaatskommissar und Präsidenten der Regierung von Oberbayern, Dr. Gustav von Kahr, hat das Kabinet Held schliesslich doch fertig werden können. Eine bedauerliche Lücke des bayerischen Beamtenrechtes erklärt, abweichend vom Beamtenrecht der meisten anderen Länder, die Regierungspräsidenten der bayerischen Kreise nicht für politische Beamte, die nach dem Willen der Regierung unter Umständen in Pension geschickt werden können. So war es der Regierung Held nicht möglich, den widerstrebenden Dr. von Kahr zu zwingen, von seinem Posten zurückzutreten. Nun hat sie einen anderen Ausweg gefunden, indem sie den einst so mächtigen und gefürchteten Mann auf einen seinem Range entsprechenden Posten versetzt, der ohne jede politische Bedeutung und ohne jeden Einfluss ist.

Deutschland auf dem Wege zur Gesundung: auch das Wirtschaftsleben schöpft wieder Mut. Die Reichsregierung hat ein umfassendes Programm entwickelt, um Handel und Gewerbe wieder anzukurbeln. Verkehrsgebühren werden gemildert, Frachtsätze herabgesetzt, und vor allem wird die Gewährung des Bankkredites verbilligt und erweitert. Im Westen ist die Zolllinie gefallen, die Ueberführung der Regiebahnen in den Betrieb der Reichsbahn steht bevor, die grossen Werke vom Rheinland nehmen neue Mittel auf, um ihre Produktion wieder voll in Gang zu bringen. Deutschland rüstet sich, seine Last zu tragen.



Das modernste deutsche Bürohaus ist das Chile-Haus in Hamburg, von dem wir auf Seite III der englischen Beilage eine die Eigenart des Baues stark kennzeichnende Aufnahme bringen. Das obstehende Bild zeigt ebenso phantastische Einzelheiten der architektonischen Ausschmückung des Hauses — Keramiken vom Bildhauer Knöhl auf den Arkaden. Der Erbauer des Hauses ist Fritz Höpke